Landkreis Teltow-Fläming

Die Landrätin



Antwort der Kreisverwaltung Teltow-Fläming auf die Anfrage des Abg. Felix Thier, Fraktion DIE LINKE., Drucksache 4-1917/14-KT, zur Online-Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und zur mobilen Verwaltung

Sachverhalt:

1. In der am 5. November 2012 zur Drucksachennummer 4-1335/12-KT im Kreistag veröffentlichten Antwort der Kreisverwaltung wurde ausgeführt, dass eine landesweite Abfrage unter den Landkreisen in Brandenburg die Bestrebungen zur Bereitschaft einer Online-Bürgerbeteiligung eruieren sollte.

Ich frage daher die Kreisverwaltung:

Welche Ergebnisse brachte diese Rückmeldung, welche Landkreise signalisierten ihre Bereitschaft? Welche Antwort übermittelte Teltow-Fläming?

2. In der zitierten Anfrage ist ferner die Rede vom Landkreis Friesland und seiner Absicht, entsprechende Software zur Online-Bürgerbeteiligung zum Jahresende 2012 einzuführen. Die Kreisverwaltung Teltow-Fläming antwortete damals diesbezüglich, vor einer Prüfung der Nutzung im eigenen Hause die Erfahrungen im Landkreis Friesland nach einer einjährigen Testphase abzuwarten, bevor man sich in Teltow-Fläming weiter zu dem Thema positioniert.

Ich frage daher die Kreisverwaltung:

Welche Ergebnisse sind der Kreisverwaltung Teltow-Fläming nun aus dem Landkreis Friesland und dem dortigen Testbetrieb bekannt? Findet auf dieser Grundlage eine Neubewertung zur Nutzung in Teltow-Fläming statt? Zu welchem Ergebnis kommt die von Seiten der Kreisverwaltung in der Antwort zur Anfrage in Aussicht gestellte Analyse?

3. Als Fazit wird von Seiten der Kreisverwaltung Teltow-Fläming in der oben genannten Anfrage das Folgende ausgeführt: "Unter Berücksichtigung aller Aspekte ist jedoch festzustellen, dass die Einführung einer Software "Liquid Feedback" nicht die optimale Lösung darstellt, um eine Online-Beteiligung zur demokratischen Willensbildung und Entscheidungsfindung zu erreichen."

Ich frage daher die Kreisverwaltung:

Wird an dieser Bewertung, auch unter Berücksichtigung des möglichen technischen Fortschritts des Systems, von Seiten der Verwaltung festgehalten? Wurden andere Systeme mittlerweile als Alternative geprüft?

4. Laut einer Veröffentlichung (http://www.steria.com/de/presse/presseinformationen/ press-releases-detail/article/mobile-verwaltung-behoerden-investieren-verstaerkt-in-buerger apps/) planen 40 Prozent der Behörden in Deutschland, bis 2015 in Mobile Government, also in Angebote für Smartphones und Tablets, zu investieren. So ist im Artikel u.a. zu lesen: "Der Bereich erfährt eine spürbare Belebung, denn 2012 war der Anteil der Verwaltungen, die Erstinvestitionen planten, mit 25 Prozent noch erheblich niedriger. (...) Mit Dialog- und Mitmachplattformen wollen die Behörden künftig auf eine stärkere Bürgerbeteiligung setzen. (...) Bei der Einschätzung der Bedeutung von Mobile Government gibt es aber starke regionale Unterschiede. So haben im süddeutschen Raum bereits neun von zehn Verwaltungen in entsprechende Maßnahmen investiert oder planen, dieses zu tun. In ostdeutschen Behörden sind es hingegen nur 16 Prozent. Unabhängig davon, inwieweit einzelne Verwaltungen bereits in Richtung Mobile Government investiert haben, ist die Skepsis noch recht groß. 88 Prozent der befragten Verwaltungsentscheider sehen in der Umstellung auf digitale Anwendungen die größte Herausforderung für den Behördensektor. Denn mit einfachen technischen Maßnahmen ist es nicht getan. Es müssen Mitarbeiter geschult und bereitgestellt werden, die derzeit nicht ausreichend vorhanden sind. Denn für viele Behördenmitarbeiter ist das Thema Bürgerbeteiligung generell noch Neuland. 65 Prozent der befragten Entscheider sehen entscheidende Hindernisse beim Umstieg auf neue Kommunikationswege in der Verwaltungskultur. (...) Eine der ersten Aufgaben muss es also sein, die Vorteile digitaler Anwendungen aufzuzeigen. Sobald der Blick der relevanten Entscheider in den Verwaltungen dafür geschärft ist, werden mobile Anwendungen das öffentliche System enorm entlasten, weil die verstärkte Bürgerbeteiligung Ressourcen für andere Bereiche freigibt."

Ich frage daher die Kreisverwaltung:

- 1) Wie positioniert sich der Landkreis Teltow-Fläming zum Mobile Government?
- 2) Da der Prozess, wie im Artikel beschrieben, ein langfristiger ist, werden in der Kreisverwaltung ab welchem Zeitpunkt die Weichen, auch in personeller Hinsicht (Schulungen etc.), gestellt?

Für die Kreisverwaltung antwortet die Landrätin, Frau Wehlan, auf diese Anfrage:

zu 1.

Mit Schreiben vom 22.10.2012 erhielt der Landkreis Teltow-Fläming vom Landkreistag Brandenburg folgende Rückmeldung zur durchgeführten Umfrage zur Bürgerbeteiligung mittels "Liquid Feedback":

"Danach ist festzustellen, dass über die herkömmlichen Beteiligungsmöglichkeiten (§§ 13 BbgKVerf) sowie bereits vorhandene Internetdienste für den Bürger noch kein brandenburgischer Landkreis eine entsprechende Bürgerbeteiligung Online realisiert hat. Dahingehende Vorüberlegungen sind darüber hinaus bislang nur für einen Landkreis zu verzeichnen."

Mit Schreiben vom 23.04.2014 wurde uns mittgeteilt, dass sich nach aktuellem Kenntnisstand der Sachstand in den Landkreisen seither nicht verändert hat.

Zu 2.

Liquid Friesland ging am 11. November 2012 online. Nach 7 Monaten zog der Landkreis Friesland in einem Evaluierungsbericht, der unter https://www.liquid-friesland.de/ veröffentlicht wurde, im Juni 2013 eine erste Bilanz:

Liquid Friesland soll nicht dazu dienen repräsentative Umfragen zu erzeugen, sondern den politischen Prozess bereichern.

Kosten It. Evaluierungsbericht

- 11.400 € Einrichtungskosten / laufender Betrieb (keine Kosten für öffentliche Veranstaltungen / Druck von Faltblättern / Versand des Zugangscodes)
- 7.140 € laufender Betrieb / Jahr

Zeitaufwand It. Evaluierungsbericht

 1 Std / Woche zur Akkreditierung neuer Nutzer sowie das Einstellen von Verwaltungsvorlagen

Der Aufwand zur Erstellung von daraus resultierenden Vorlagen für die politischen Gremien wurde dabei nicht berücksichtigt.

Im Folgenden seien ein paar Zahlen aus dem Evaluierungsbericht sowie aus einer weiteren Veröffentlichung vom 21. Januar 2014 genannt.

	Juni 2013	21. Januar 2014
Aktive Profile	473	552
Initiativen		
Davon abgeschlossen	44	53
davon mit Gewinner	30	50
Initiativen von Bürgern	19 (Stand 10.03.2013	3) 43
Initiativen von der Verwaltung k. A.		10
abgebrochen	8	16

Der Landkreis sieht eine von Jakob Nielsen 2006 aufgestellten 90-9-1 Regel (auch: Ein-Prozent-Regel) zur Nutzung von Online-Communitys bestätigt. (90% der Nutzer lesen und schauen nur zu, 9 % der Nutzer beteiligen sich von Zeit zu Zeit, und nur 1 % der Nutzer tragen aktiv Inhalte bei).

Eine Schnittstelle zum Ratsinformationssystem gibt es nicht. Dem Softwareanbieter (Somacos) liegt zurzeit keine Anfrage zu einer derartigen Schnittstelle vor und daraus resultierend wird auch nicht an einer derartigen Schnittstelle gearbeitet.

Eine Auswertung mit zeitlichem Bezug erfolgte in den Veröffentlichungen des Landkreises nicht. Nur knapp einem Viertel der Initiativen stimmte der Kreistag oder sein Hauptausschuss zu. (Spiegel 8/2014)

Der durchweg positiven Bilanz seitens des Landkreises stehen Pressestimmen wie folgt gegenüber:

Durchaus kritische Worte findet Kommunikationsberater Djure Meinen im "Der Spiegel 8/2014" "Am Anfang waren schon einige Bürger neugierig. Sie haben dann ihre wichtigsten Themen eingebracht." Weiter heißt es in diesem Pressebeitrag: "Inzwischen ist die Beteiligung fast zum Erliegen gekommen, manchmal beschäftigen sich nur 5 Bürger mit einer online vorgestellten Initiative."

Die CDU-Opposition zweifelt am Zweck der Online-Beteiligung und möchte die Wartungskosten für Liquid Friesland sparen.

<u>Zu 3.</u>

In Zeiten des gemeinsamen Ringens um eine Haushaltskonsolidierung sowie in Anbetracht des beschriebenen Sachstandes kann festgestellt werden, dass eine Entscheidung für oder gegen eine Online-Beteiligung mittels "Liquid Feedback" keine wirtschaftliche sondern eine politische sein wird. Eine Neubewertung erfolge seitens der Kreisverwaltung bis zum heutigen Zeitpunkt nicht. Es wurden auch keine anderen Alternativen geprüft.

zu 4. 1), 2)

Mobile Government ist die Erweiterung des E-Governments auf die Nutzung mobiler Endgeräte. Der Bereich Öffentlichkeitsarbeit hat sich bereits mehrfach mit der Thematik Mobile Government beschäftigt. Erste Erfahrungen wurden im Rahmen der Landestierseuchenübung durch die Erstellung einer Website zur mobilen Krisenkommunikation gesammelt.

Im Ernstfall wird diese freigeschaltet und kann von den Bürgern wie auch den Redakteuren mit mobilen Endgeräten genutzt werden.

Geplant ist, auch andere Webauftritte und Anwendungen für das Mobile Government fit zu machen.

Die dafür erforderlichen finanziellen und personellen Ressourcen müssen dafür mittelfristig vorgesehen werden.

Wehlan